

Jahresabschluss 2013

Jahresabschluss Haushalt 2013				
	2013	2012	Abweichung zu 2012	
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
1. EINKÜNFEN				
Eigeneinnahmen / vermischte Einnahmen	199.435	215.507	-16.072	-7,5
BMELV Projekt Ernährung	120.499	120.027	472	0,4
BMELV Projekt Wirtschaftlicher Verbraucherschutz (WVS)	84.683	84.686	-3	0,0
Senator für Wirtschaft Bremen				
• Zuwendung Institutionell	288.534	289.039	-505	-0,2
• Zuwendung Projekt BMELV Ernährung	120.532	120.027	505	0,4
• Zuwendung Projekt BMELV Wirtschaftl. Verbraucherschutz	84.686	84.686	0	0,0
Zuwendung Magistrat Bremerhaven	22.290	22.290	0	0,0
sonstige Projekt-Gemeinkosten	591	2.496	-1.905	-76,3
sonstige Einnahmen (Mitgliedsbeiträge)	368	337	31	9,2
Projekt Energie - Sachkostenpauschale	13.500	11.197	2.303	20,6
Projekt Energie - Personalkostenbeitrag	0	23.000	-23.000	-100,0
Summe Einnahmen	935.118	973.292	-38.174	-3,9
2. AUSGABEN				
2.1. Personalausgaben				
Institutionell - Land Bremen (StW)	326.001	370.574	-44.573	-12,0
BMELV Projekt Ernährung - Land Bremen (StW)	104.784	104.943	-159	-0,2
BMELV Projekt Wirt. Verbraucherschutz - Land Bremen (StW)	63.695	61.578	2.117	3,4
BMELV - Projekt Ernährung - Bund	99.626	99.437	189	0,2
BMELV - Projekt Wirtschaftl. Verbraucherschutz - Bund	62.107	62.108	-1	0,0
Summe Personalausgaben	656.213	698.640	-42.427	-6,1
2.2. Sächliche Verwaltungsausgaben				
Institutionell - Land Bremen (StW)	187.641	217.503	-29.862	-13,7
BMELV Projekt Ernährung - Land Bremen (StW)	15.080	14.935	145	1,0
BMELV Projekt Wirt. Verbraucherschutz - Land Bremen (StW)	20.852	23.017	-2.165	-9,4
BMELV Projekt Ernährung - Bund	20.923	20.533	390	1,9
BMELV - Projekt Wirtschaftl. Verbraucherschutz - Bund	22.755	22.229	526	2,4
Summe sächliche Verwaltungsausgaben	267.251	298.217	-30.966	-10,4
Summe Ausgaben	923.464	996.857	-73.393	-7,4
Summe Einnahmen	935.118	973.292	-38.174	
Summe Ausgaben	923.464	996.857	-73.393	
Zwischensumme	11.654	-23.565		
Rücküberweisung n. verbr. Mittel - Land Bremen - Projekt ERN	668	149		
Rücküberweisung n. verbr. Mittel - Land Bremen - Projekt WVS	139	92		
Rücküberweisung BMELV Projekt Ernährung - Bund	115	57		
Rücküberweisung BMELV Projekt WVS - Bund	0	348		
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	10.732	-24.211		

Kontakt- & Medienarbeit 2013

NutzerInnen/Kontakt- & Medienarbeit 2013	
Webseite (nach PIWIK)	254.361 Besuche
Fachauskünfte	27.810
Beratungen	21.711
Vorträge/Ausstellungen 2013	
Kontaktzahlen	1.235

Organisation und Mitgliedsverbände

Mitgliederversammlung

Vorstand

Vorsitzender:	Jörn Diers • Arbeitnehmerkammer
stellv. Vorsitzender:	Carola Näth • Bündnis 90 / Die Grünen
weitere Mitglieder:	Susanne Grobien • CDU Gunthild Meyer • DHB Sarah Ryglewski • SPD

Geschäftsführung

Irmgard Czarniecki

Betriebsrat

Gerrit Cegiëlka

Abteilungen

Energie	Mechthild Himmelreich Inse Ewen Manfred Heuer Martina Köhnken Raymond Krieger Ute Rigbers Ansgar Wissmann Ugur Yüzüncü	Finanzdienstleistung	Hartmut Schwarz Birgit Funke Thomas Mai Gabriele Zeugner Arno Gottschalk Ulrike Brendel Anke Behn Wiebke Brandt Monika Pietsch-Hadré Jens Ropers Florian Wolters
Ernährung	Theodora Plate Regina Aschmann Gertraud Huisinga Yalcin Sahinogullari Norbert Frank	Klimafreundliche Geldanlage	Dr. Lovis Wambach Gerrit Cegiëlka Gabriele Zeugner
Personal / Finanzen		Verbraucherrecht	
Administrator			
Sekretariat / Telefonzentrale	Brigitte Tjarks Angelika Groneberg	Beratungsstelle Bremerhaven	Barbara Kratz Ursula Witting
Infozentrum	Brigitte Klinkerfuß		

Mitgliedsverbände (in alphabetischer Reihenfolge):

Arbeitnehmerkammer Bremen • Bündnis 90 / Die Grünen • CDU Landesverband Bremen • CGB Landesverband Bremen • Deutscher Hausfrauen-Bund e.V. • DGB Kreis Bremen • DIE LINKE. Landesverband Bremen • Fachzentrum Schuldenberatung im Lande Bremen e.V. • Gewerkschaft NGG Weser Elbe • Haus & Grund Landesverband Bremen e.V. • Mieterverein Bremen e.V. • SPD Landesorganisation Bremen •

Beratungszentrum Bremen

Altenweg 4
28195 Bremen
Tel. 0421 / 160 77 7
Fax 0421 / 160 77 80
eMail: info@vz-hb.de

Beratungsstelle Bremerhaven

Barkhausenstr. 16
27568 Bremerhaven
Tel. 0471 / 261 94
Fax 0471 / 207 000
info@vz-hb.de

www.verbraucherzentrale-bremen.de

Impressum: HERAUSGEBER VERBRAUCHERZENTRALE BREMEN E.V., ALTENWEG 4, 28195 BREMEN; V.I.S.D.P. IRMGARD CZARNECKI, GESTALTUNG HARTMUT SCHWARZ; DRUCK: LASER-LINE, SCHERINGSTR. 1, 13355 BERLIN-MITTE, AUFLAGE 250 EXEMPLARE.

Die Marktwächter kommen!

Die Verbraucherzentralen gelten als „nützlich“ (92%), glaubwürdig (91%), kompetent (87%) und unabhängig (85%). 88 Prozent der Nutzer waren mit der Beratung sehr bis ziemlich zufrieden. TNS-EMNID zieht aus einer repräsentativen Umfrage 2013 daraus den Schluss: „Bekanntheitsgrad und Image: exzellent“. Dem haben wir nichts hinzuzufügen.



Vorfälligkeitsentschädigungen – a never ending story....

Über 3.000 Fälle aus den Jahren 2009 bis 2013 hat die Verbraucherzentrale Bremen im Rahmen der „Initiative Finanzmarktwächter“ untersucht und herausgefunden: Die Vorfälligkeitsentschädigung, die bei der Geltendmachung eines außerordentlichen Kündigungsrechtes fällig wird, steigt drastisch. Lag sie im Jahr 2007 und 2008 noch bei durchschnittlich vier Prozent des abgelösten Restkapitals, kletterte sie 2012 und 2013 auf rund elf Prozent. Gerade die Niedrigzinsphase wird zur Belastung für viele Verbraucher.

„Wir müssen verhindern, dass sich Banken an der Not von Kunden bereichern“, erklärte Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), auf der Pressekonferenz der Verbraucherzentrale Bremen. „Wir brauchen einen Finanzmarktwächter, der systematisch Verbraucherbeschwerden auswertet und eigenständig den Markt untersucht – deutschlandweit. Nur so können wir Fehlentwicklungen am Markt erkennen und beheben, bevor sie noch mehr Verbraucher schädigen.“

Die „Initiative Finanzmarktwächter“ der Verbraucherzentralen Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Sachsen und Bremen, koordiniert vom Verbraucherzentrale Bundesverband hat sich gelohnt: im Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist die Einführung des Finanzmarktwächters festgeschrieben.

Im Mai 2013 feierte die Beratungsstelle in Bremerhaven ihr 50-jähriges Bestehen. Oberbürgermeister Melf Grantz gratulierte und sicherte zu, dass es die Beratungsstelle auch noch die nächsten Jahre geben wird. Von der Ausstellung über Brand- und Unfallverhütung im Haushalt, den Modeschauen und dem „Rezept der Woche“ in den sechziger Jahren bis zu den komplizierten Rechts- und Finanzberatungen heutzutage – so lässt sich ein Bogen spannen, der sich im Laufe der Jahrzehnte stark verändert hat. Mit einem Tag der offenen Tür feierten die Verbraucher/innen „ihre“ Beratungsstelle das letzte Mal in der Hafenstrasse...

Und noch ein bemerkenswertes Ereignis: statistisch gesehen hat 2013 die 100.000te Energieberatung im Land Bremen stattgefunden. 35 Jahre Energieberatung im Land Bremen bedeutet tonnenweise CO₂-Einsparung, aber auch Einsparung bei den Energiekosten der Verbraucher/innen. Dabei geht es nicht allein um die Reduktion von klimaschädlichem CO₂-Ausstoß, sondern auch darum eine entstehende Energiearmut möglichst zu verhindern. Dazu muss Energie bezahlbar bleiben aber auch jede/r Einzelne steht in der Verantwortung sich energiesparend zu verhalten.

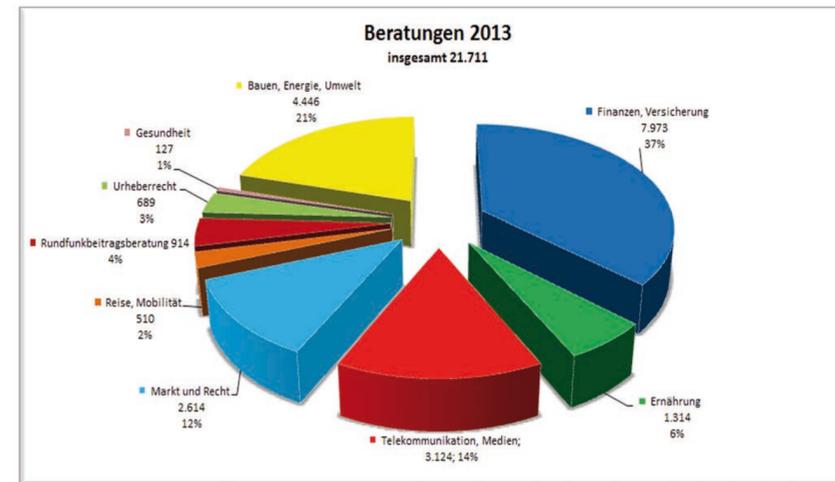
Erneut kann die Verbraucherzentrale Bremen auf ein verbraucherpolitisch erfolgreiches Jahr zurückblicken. Leider widerspiegelt sich dies nicht in der finanziellen Grundsicherung. 2013 legte die Verbraucherzentrale Bremen erstmals ein „Blaues Buch“ vor, in dem nachgewiesen wird, dass seit 1995 die Hälfte des Personals aufgrund unzureichender finanzieller Förderung gestrichen werden musste. Derzeit gibt es sechs Stellen für 550.000 Einwohner im Land Bremen; das sind 0,00001 Stelle pro Einwohner, die Bremen für unabhängige Beratung ausgibt (wäre eine Kennzeichnung wie im Bereich Lebensmittel vorgeschrieben, würde man sagen: kann Spuren von Verbraucherschutz enthalten). Die Grundförderung beträgt knapp 300.000 Euro; viermal soviel, nämlich 1,2 Mio. Euro beträgt die Projektfinanzierung.

Armer Verbraucherschutz!

Irmgard Czarniecki

Irmgard Czarniecki
Geschäftsführung

Beratungszahlen 2013



Beratungsstelle Bremerhaven, 50jähriges Bestehen.

Foto: (von links): Irmgard Czarniecki (Geschäftsführung Verbraucherzentrale Bremen); Melf Grantz (Oberbürgermeister Bremerhaven); Jörn Diers (Vorstandsvorsitzender Verbraucherzentrale Bremen)



Finanzdienstleistung:

Das Chaos bei Finanzprodukten nimmt zu...

Die Finanzmärkte in 2013 waren geprägt von einer nach wie vor herrschenden Intransparenz, einer unfairen Kostenverteilung, von schwarzen Schafen und teuren Schadenreparaturen. Deshalb ist die Etablierung eines zentralen Frühwarnsystems als wichtiger Sensor für Mängel und Missstände in der Form eines Finanzmarktwatchers dringend erforderlich.

Bei den **Dispositionsrediten** versagte der Wettbewerb immer noch. Das belegen die regelmäßige Umfragen der Verbraucherzentrale Bremen bei allen Banken und Sparkassen im Land Bremen. Im Bundesdurchschnitt wurden 10,45 Prozent für einen Dispozins verlangt, in Bremen forderte nur ein Institut weniger für einen Dispo. Alle anderen lagen um bis zu vier Prozent über dem Durchschnitt. Bankkunden haben kaum eine Chance, von einem teuren Dispositionsredit in einen günstigeren Ratenkredit umzuschulden. Und das, obwohl die Refinanzierung der Kreditinstitute auf einem absoluten Tiefstand (aktuell 0,25 Prozent) möglich war. Die sogenannte „freiwillige Regulierung“ durch die Marktakteure hat erneut versagt.

Immerhin gab es auch etwas Positives zu vermelden: Auch die Banken sind im Internetzeitalter angekommen! Mittlerweile veröffentlichten fast alle Kreditinstitute die Konditionen auf der Website.

Bei den **Gebühren- und Bearbeitungsentgelte** der Kreditinstitute hat sich wenig getan. Im letzten Jahr haben weitere Gerichte auf die Unzulässigkeit vieler Gebühren und Entgelte hingewiesen. Viele Verbraucher/innen stießen aber immer noch auf erhebliche Widerstände auf Seiten der Kreditinstitute bei dem Wunsch zur Rückerstattung. Die angebotenen Musterbriefe der Verbraucherzentrale wurden gerne abgerufen. Eine endgültige Klärung der Rechtmäßigkeit von Bearbeitungsentgelten für Verbraucherdarlehen durch den Bundesgerichtshof steht weiterhin aus.



Foto (von links): Martin Günthner (Senator für Wirtschaft, Häfen, Verbraucherschutz), Gerd Billen (Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband) und Carsten Sieling (MdB SPD).

Bei den **Vorfälligkeitsentschädigungen** hat sich in 2013 die Situation für die Verbraucher/innen weiter verschärft. Nicht nur durch die Entwicklung der Zinssituation haben sich die geforderten Schadensersatzforderungen erhöht. Auch die Versuche einiger Institute, die in den Verträgen optional eingeräumten Sonderrechte bei der Schadenberechnung zu umgehen, nahmen zu. Die Verbraucherzentrale hatte zur Präsentation einer repräsentativen Untersuchung von 3000 Fällen zu einer Pressekonferenz im August 2013 eingeladen. Senator Martin Günthner, der Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling und der Vorstand des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Gerd Billen, konnten vorher mit betroffenen Verbraucher/innen sprechen und mehr über die teilweise existenzbedrohende Entwicklung für die persönlich Betroffenen erfahren. Die Forderungen nach mehr Schutz für die Verbraucher/innen wurden positiv aufgenommen. Die Verbraucherzentrale Hamburg stellte fest, dass in einer Vielzahl von Hypothekendarlehensverträgen die **Widerrufsbelehrung** fehlerhaft und damit unwirksam ist. Entsprechend

nahmen auch bei der Verbraucherzentrale Bremen die Anfragen nach Überprüfungen zu.

Die Mehrzahl der Fälle befasste sich mit vorzeitig abgelösten Immobiliendarlehen, bei denen eine hohe Vorfälligkeitsentschädigung gezahlt wurde. Die Verbraucher/innen wollten damit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die gezahlten Entschädigungen zurückfordern.

Bei der **Baufinanzierung** ist aufgrund der niedrigen Zinssituation in 2013 die Nachfrage weiter angestiegen. Tatsächlich sind aber auch die Zahlen gestiegen, bei denen man nicht von einer seriösen Beratung sprechen kann. Viele Verbraucher/innen wollten eine Immobilie erwerben und finanzieren, obwohl zu wenig oder fast gar kein Eigenkapital vorhanden war. Über das Risiko der Zinssatzänderung nach der ersten Zinsbindung wurde aber nicht aufgeklärt. So können die Kreditnehmer sehr schnell in eine Situation geraten, in der sie die Belastung zukünftig nicht mehr tragen können.

Neben der Krise der **offenen Immobilienfonds** waren auch verstärkt die Schiffsfonds im letzten Jahr ein Thema. Viele Verbraucher/innen haben dort Geld angelegt, an dass sie nicht mehr heran können. Wegen fehlender Liquidität mussten einige dieser Fonds schließen, mit der Folge dass Verbraucher/innen keine Anteile mehr zurückgeben konnten, um sich das Geld auszahlen zu lassen.

Die bei vielen **Lebensversicherern** verwendeten Klauseln zum Rückkaufwert und zum Stornoabzug im Falle der Kündigung von Kapitallebens- und privaten Rentenversicherungen sind unwirksam. Diese Entscheidung des BGH wurde Ende 2012 veröffentlicht und hat im letzten Jahr zu verstärkten Nachfragen geführt. Fast 80 Prozent der Verträge werden vorzeitig gekündigt. Nicht aus Leichtsin, sondern weil die Verbraucher/innen meistens weniger Geld zur Verfügung haben – durch die Trennung vom Lebenspartner beispielsweise, Arbeitslosigkeit oder den Kauf einer Immobilie.

Auch bei den **Berufsunfähigkeitsversicherungen** gab es Auffälligkeiten. So warb die Sparkasse Bremen für den Abschluss einer BU-Versicherung. Dabei wurde der Eindruck erweckt, selbst bei kleinen psychischen Problemen können die Verbraucher/innen eine solche Versicherung abschließen. Hier musste die Verbraucherzentrale durch Öffentlichkeitsarbeit intervenieren, denn bei psychischen Vorerkrankungen ist der Abschluss einer solchen Versicherung unmöglich.

Seit Juni 2012 gibt es bei der Verbraucherzentrale Bremen das Projekt **„Klimafreundliche Geldanlage“**. Ziel des Projektes ist es, ein bundesweites Beratungsangebot zu diesem Thema bei den Verbraucherzentralen zu etablieren und Verbrauchern/innen umfassende Informationsmaterialien zur Verfügung zu stellen – in den Bereichen klimafreundliche Sparanlagen, Investmentfonds und Altersvorsorgeprodukten. So finden Interessierte in einer im Dezember 2012 veröffentlichten Marktübersicht zu klimafreundlichen Sparanlagen bereits Informationen darüber, bei welchen Kreditinstituten sie ihr Geld sicher und mit einem Klimaschutz-Plus anlegen können.

Seit Mai 2013 berät die Verbraucherzentrale Bremen Verbraucher/innen auch im Rahmen der allgemeinen Geldanlageberatung zu diesem Thema. Das Angebot an nachhaltigen und klimafreundlichen Geldanlagen ist zwar vielfältig, doch einige klimafreundliche Finanzprodukte sind undurchsichtig, unseriös und mit hohen Risiken verbunden. Sie mögen zwar das Klima schützen, sind für Anleger/innen aber nicht empfehlenswert. Das Projekt Klimafreundliche Geldanlage beobachtet daher den Markt und warnt vor bestimmten Finanzprodukten.

Ernährung

Verstärkt Zielgruppen ansprechen – das war der Plan für dieses Jahr, und so nahm die Verbraucherzentrale zum ersten Mal am Bremer Kindertag im Bürgerpark und an den Aktionstagen „Besseresser“ im Congress Centrum teil.

Der Bremer Kindertag

Der Bremer Kindertag ist schon lange Tradition, bereits zum 24. Mal fand das große Fest für Kinder statt. Über 100 Vereine und Organisationen boten Spiel und Spaß, Information und Sport, Suchtprävention und Musik und vieles mehr an. Viele große und kleine gut gelaunte Besucher/innen, Wetterglück und natürlich auch der Bürgerpark waren die Voraussetzungen für einen gelungenen Sonntag. Mit 55.000 Teilnehmer/innen gab es sogar einen neuen Rekord. Die Verbraucherzentrale Bremen hatte – neben dem bereitgestellten Informationsmaterial für Kinder und Eltern – das Glücksrad und eine Tastbox aufgestellt. Zwei verschiedene Frageblöcke, je einmal für ganz Kleine und für Schulkinder zum Thema Gesundheit und Ernährung sowie die Tastbox, in die man hineingreifen und Lebensmittel erraten konnte, ließen schnell eine doppelte Schlange anwachsen. Jedes Kind konnte sich einen kleinen Gewinn aussuchen, und erstaunlicherweise zählte der Obst- und Gemüsekalender der Verbraucherzentralen zu den absoluten Hits. Etwa 400 Kinder (mit ihren Eltern!) grübelten über die Fragen des Glücksrades nach und versuchten, die Lebensmittel in der Tastbox „richtig“ zu benennen. Die Tastbox machte aber auch den Erwachsenen Spaß, besonders die Väter rieten fleißig mit.



wichtiger Angaben vorne auf der Verpackung. Als zentrales Problem wird auch die Verwirrung durch die Vielfalt der Label und Siegel gesehen. Als großen Erfolg wertet die Verbraucherzentrale die Bereitschaft der Hersteller, die Aufmachung und Kennzeichnung ihrer Produkte nach einer Beschwerde zu ändern, ein Drittel der Anbieter konventioneller Lebensmittel hat so reagiert. Im Bereich der Bio-Lebensmittel liegt die Änderungsrate sogar bei 55 %. Eine Änderung bedeutet allerdings nicht immer automatisch eine optimale Kennzeichnung, aber immerhin geschieht etwas. Nie zuvor konnten Verbraucher/innen in aller Öffentlichkeit Produkte kritisieren und erhielten anschließend eine ebenfalls öffentliche Stellungnahme, bestenfalls sogar eine andere Kennzeichnung des Anbieters – was für ein toller Fortschritt! Die Verbraucherzentrale Bremen hat in diesem Jahr zusammen mit der Portal-Redaktion einen Marktcheck durchgeführt. Beide überprüften bei 87 Produkten, ob Hersteller ihre (kritisierte) Produktaufmachung verbessern, ohne das Portal darüber zu informieren. Tatsächlich war dies bei knapp 14 % der Fall.

Die Aktionstage „Besseresser“

Die – zum ersten Mal ausgerichteten – Aktionstage „Besseresser“ luden sowohl interessierte Familien, als auch Fachleute und Multiplikatoren ein, wie zum Beispiel Lehrer, Erzieher, Politiker und Wissenschaftler. Kinderernährung – gesund UND lecker, was so einfach klingt, erweist sich in der Praxis oft als schwierig. Einerseits steht heutzutage eine Fülle an frischen und hochwertigen Lebensmitteln zur Verfügung. Andererseits ist es aber gerade auch die (Über-)Fülle, die viele Eltern ratlos macht. Was genau ist das Richtige für mein Kind? Wenn es doch gar nicht gern zur Rohkost greift, dann vielleicht doch besser das mit Vitaminen angereicherte Fertigprodukt? Was soll es trinken – den „guten“ Orangensaft, den gezuckerten Kakao (enthält immerhin Milch!) oder den so wohlklingenden Nektar? Wie sehr solche Fragen viele viele beschäftigt, ließ sich an der enormen Besucherzahl ablesen. Über 33.000 waren es, die die Informations- und Beratungsangebote der zahlreichen Aussteller nutzten. Die Verbraucherzentrale präsentierte an ihrem Stand die Infoschau „Klimaschutz schmeckt“, die sehr anschaulich die unterschiedlichen Energieverbräuche von regional erzeugten oder aber von weit her importierten Lebensmitteln darstellt. Sie bot aber nicht nur Information und Beratung für Interessierte an, sondern hatte das Spiel „Powerkauer auf Gemüsejagd“ aufgebaut. Auf spannende Weise können Kinder viel über heimisches Obst und Gemüse, ihre Erntezeiten, aber auch über die Nachteile von Transporten um die halbe Welt lernen. Und das Spiel der



Verbraucherzentralen kam an! Viele Kinder vergaßen förmlich alles um sich herum, ließen ihre Eltern einfach „sitzen“ – und spielten. Das Glücksrad, das auch hier wieder dabei war, erwies sich erneut als (zweiter) Magnet. Zusätzlich gab es zum Thema „Kinderlebensmittel: Häufig süß, fett und teuer“ einen Vortrag der Verbraucherzentrale. Fazit: Rundherum gelungene „Besseresser-Aktionstage“!

Der Erfolg von Wahrheit und Klarheit

Seit Sommer 2011 sorgt das Internetportal www.lebensmittelklarheit.de bundesweit für Wirbel. Gegen große Widerstände der Lebensmittelindustrie hatte die damalige Verbrauchministerin Ilse Aigner das Projekt an die Verbraucherzentralen vergeben. Verbraucher/innen, die sich durch die Aufmachung und Kennzeichnung eines Lebensmittels getäuscht fühlen, können es an das Portal melden. Die Beschwerde wird fachlich und juristisch von den Verbraucherzentralen geprüft, der jeweilige Hersteller um eine Stellungnahme gebeten, welche anschließend mit der Beschwerde, Produktfotos und einer Einschätzung der Verbraucherzentralen im Portal veröffentlicht wird. Begleitende Forschungen durch die Agrifood Consulting GmbH zeigen, dass Verbraucher/innen zu drei Viertel glauben, dass die Hersteller ihre Verpackungen häufig besser darstellen, als der Inhalt tatsächlich ist. Fast ebenso viele befürchten Trickereien. Und mehr als die Hälfte ärgert sich über das Fehlen

Fünf Marktchecks

Gleich fünf Mal hat sich die Verbraucherzentrale verschiedene Produktgruppen angesehen:

- Die Zusammensetzung von Geflügelwurst: Von den 118 untersuchten Geflügelwürsten enthielten 40 Prozent auch Zutaten von Fleischarten, sie lassen sich jedoch erst auf den Zutatenlisten entdecken. Gelatine, Speck oder auch ein Schafsaftling werden eben nicht aus Geflügel, sondern aus anderen Tierarten hergestellt. So lagte die EU-Gesetze nicht eine Form der Kennzeichnung vorschreiben, die Verbrauchertäuschungen verhindert, heißt es weiterhin: Zutatenlisten immer genau lesen!

- Near Water – das Geschäft mit dem klaren Nass: Sehen schick aus, versprechen viel, können aber aufgrund ihrer Zusammensetzung die Versprechungen nicht einhalten. Kohensäure, Zucker und Fruchtzucker, Süßstoffe, Fruchtextrakte, Fruchtsäfte, Kräuter, Teextrakte, Mineralstoffe, Vitamine, Säuerungsmittel, Aroma- und Konservierungsstoffe, Stabilisatoren und Antioxidationsmittel in unterschiedlichsten Kombinationen bewirken keine Wunder.

- Geänderte Geflügelkennzeichnung – und alles schläft...: Sowohl der Handel als auch die Lebensmittelüberwachung haben eine neue Regelung völlig verschlafen. Seit März 2013 ist nicht nur für verpacktes, frisches Geflügel ein Aufbrauchsdatum vorgeschrieben, sondern auch für lose angebotenes. Bei den zehn Händlern, die sich die Verbraucherzentrale angesehen hat, fand sich nirgendwo ein Aufbrauchsdatum.

- Die Portions-„größen“ der Hersteller: Es hat sich einiges verbessert, eine halbe Pizza, als Portionsgröße vom Hersteller empfohlen, fand sich nicht mehr. Dennoch, unrealistische Portionen gibt es nach wie vor. So erklärt beispielsweise Dr. Oetker ein Kuchenstück von 35 Gramm (!) zu einer Portion. Warum? Weil bei den Nährwertangaben pro Portion auch die Zucker- und Fettmengen winzig klein bleiben.

- Lebensmittelkennzeichnung – Vorschriften werden oft nicht eingehalten: Die Kennzeichnung von Lebensmitteln ist klar geregelt, und dennoch wird sie – fast schon traditionell – in bestimmten Bereichen nicht eingehalten. So sucht man auf Wochenmärkten immer noch häufig die Herkunft von Obst und Gemüse vergebens, findet in Kiosken oftmals keine Preise und benötigt in ausländischen Geschäften erhebliche Sprachkenntnisse, weil es keine Zutatenlisten auf Deutsch gibt.

Fazit aus den Marktchecks: Verbraucher/innen müssen sich die Verpackungen von Lebensmitteln weiterhin sehr genau ansehen, der erste Eindruck kann täuschen. Und so lange die Bremer Lebensmittelüberwachung nicht besser ausgestattet wird, ist es ein Leichtes, bestehende Gesetze zu ignorieren.

Und wie in jedem Jahr...

gab es neben den zahlreichen Interviews auch wieder Ausstellungen in Schulen, Seminare für ältere Menschen, Teilnahme an der HanselLife und Vorträge zu den verschiedensten Themen.

Verbraucherrecht

Die Internet Abfallen sind umgezogen

Die Plage der Internetabfallen, bei denen Verbraucher/innen – ohne es zu merken – ein Abonnement über üblicherweise kostenlose Leistungen (Routenplaner, Gratissoftware oder Gedichte) kostenpflichtig abgeschlossen haben, hat die Verbraucherzentralen viele Jahre lang beschäftigt. Diese virtuelle Hinterhältigkeit ist aufgrund einer Gesetzesänderung getilgt worden; augenblicklich gibt es einen anderen

Fallstrick im Internet: die Großhandelsplattformen. Sie werben mit Angeboten zu Schnäppchenpreisen. Markenware scheint hier erschwinglich wie sonst nirgends.

Dass es sich bei diesen Portalen um Hinterhalte handelt, wird spätestens dann offenbar, wenn Verbraucher/innen die Rechnung erhalten. Um die virtuellen Marktplätze nutzen zu können, müssen sich Verbraucher/innen registrieren. Wer das tut, tappt in die Falle und soll zwei- bis dreihundert Euro zahlen.

Für den Preis bekommen Verbraucher/innen aber nicht die gewünschten Produkte, sondern lediglich die Möglichkeit, in einer Datenbank nach einem Händler zu suchen. Und das Ärgerlichste für Verbraucher/innen: Bei den Angeboten handelt es sich um Angebote, die sich ausschließlich an Gewerbetreibende, Freiberufler oder Vereine richten. Verbraucher/innen können die Angebote nicht nutzen, werden aber trotzdem zur Kasse gebeten. Verbraucherschützende Vorschriften gelten ausschließlich für Verbraucher/innen. Eindeutig gestaltete Schaltfläche zum Kauf oder Widerrufsrechte beim Handel unter Gewerbetreibenden sind nicht vorgeschrieben, das ist das Heimtückische. Verbraucher/innen sollten sich von Großhandelsplattformen fernhalten.

Urheberrecht

Urheberrecht im Internet – ein Dauerbrenner

Ein Highlight für den Verbraucherschutz im Jahr 2013 war das „Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken“. Es hat zum Urheberrecht Forderungen des Verbraucherschutzes und der Verbraucherzentrale Bremen umgesetzt: Die Abmahnkosten sind gedeckelt und vor allem ist der fliegende Gerichtsstand abgeschafft worden, bei dem Verbraucher bei Urheberrechtsverletzungen im Internet an jedem Ort verklagt werden konnten, weil das Internet überall abrufbar ist. Nunmehr ist der Wohnort des Verbrauchers der Gerichtsstand. Das macht es den Abmahnkanzleien endlich unmöglich, nur vor genehmen Gerichten zu klagen. Während sich die Zahl der Urheberrechtsberatungen mit 689 in etwa auf dem Vorjahresniveau hielt, war die Nachfrage nach der Bearbeitung neuer Abmahnungen mit 185 Fällen (Volumen der Abmahnforderungen insgesamt: 166.286,59 €) stark rückläufig. Die Abmahnindustrie hat sich aber offenbar nur eine Verschnaufpause gegönnt. Während einige Abmahnkanzleien einfach mit der Erhöhung der Schadenersatzposition weiter machten wie bisher; zeigten sich andere Kanzleien innovativ. Zum Jahreswechsel 2013/14 überschwemmte eine Welle von Video-Streaming-Abmahnungen Deutschland und verunsicherte auch die Bremer Verbraucher/innen in erheblichem Umfang. Etwa 100 Bremer konnte die Verbraucherzentrale Bremen beruhigen und von der Zahlung der Abmahnforderung von jeweils 250,- € abraten. Beim Streaming laden Verbraucher/innen nämlich nicht eine Datei herunter und stellen diese zum Upload bereit. Beim Streaming werden lediglich Teile der Datei für eine kurze Zeit in den temporären Ordner geladen, während der Nutzer am Bildschirm das Video anschaut. Bei gleichem Effekt, juristisch ein ganz anderer Fall.



Energie / Klima

100.000 Energieberatungen in 35 Jahren im Land Bremen

Autofreie Sonntage? – die gab es 1973, und der Ölpreis vervierfachte sich innerhalb eines Jahres von drei Dollar pro Barrel auf zwölf Dollar. Bei einem Ölpreis von 100 Dollar pro Barrel müsste heute jeder Tag autofrei sein. Als eine Konsequenz aus der Ölkrise Anfang der siebziger Jahre wurde im Oktober 1978 erstmals eine kostenlose und anbieterunabhängige Energieeinsparberatung durch die Verbraucherzentralen angeboten. Diese Beratung wird bis heute vom Bundesministerium für Wirtschaft gefördert. Die Verbraucherzentrale hat nachgerechnet: 100.000 Beratungen wurden in den 35 Jahren von Oktober 1978 bis Oktober 2013 in Bremen und Bremerhaven durchgeführt.

Am Anfang stand der Energieverbrauch von Haushaltsgeräten im Mittelpunkt. 1970 verbrauchte eine Waschmaschine für einen Waschgang eine Badewanne voller Wasser, 200 Liter für fünf Kilogramm Wäsche. Eine moderne Waschmaschine braucht nur noch 43 Liter Wasser – bei einem Fassungsvermögen von sechs Kilogramm Wäsche. Und so verwirrend die Energieverbrauchskennzeichnung auch ist (z. B. A+++), bis 1970 gab es keine; sie wurde für die „weiße Ware“ erst 1998 eingeführt. 20 Jahre lang waren die bei der Verbraucherzentrale ausleihbaren Strommessgeräte die einzige Möglichkeit, den Stromverbrauch der einzelnen Haushaltsgeräte festzustellen. Andere Themen, wie z. B. Heizungsanlagen und Zuschüsse bei Modernisierungen sind seit Beginn Beratungsthemen. Neu hinzugekommen sind Probleme beim Energieanbieterwechsel. Erstaunlich: Damals wie heute kannte und kennt kaum jemand seinen Kilowatt-Verbrauch, sondern nur die Höhe der monatlichen Abschlagzahlungen.

Energieeinsparung und Klimaschutz

Durch die Beratungen der Verbraucherzentralen werden bundesweit jedes Jahr Investitionen von mindestens 40 Millionen Euro angestoßen – zusätzlich zu dem, was die Ratsuchenden auch ohne die Beratung investiert hätten. Da im Bundesland Bremen 5 Prozent der Beratungen – bei einem Bevölkerungsanteil von nur 0,8 Prozent – durchgeführt werden, bedeutet das eine jährliche Investitionssumme von mindestens zwei Millionen Euro. Diese Investitionen kommen überwiegend der lokalen Wirtschaft zugute, vor allem der Bauwirtschaft und dem Handwerk. 600.000 Tonnen des klimaschädlichen CO₂ und zwei Milliarden Kilowattstunden Energie werden bundesweit eingespart. Im Land Bremen sind es umgerechnet 30.000 Tonnen CO₂ sowie 100 Millionen Kilowattstunden Energie pro Jahr.

Teure Energie – wertvolle Beratung

Das Angebot der Energieberatung entwickelte sich im Laufe der Jahre weiter. Neben der unabhängigen stationären Energieberatung werden seit Ende 2011 Brennwertgeräte auf ihre Effizienz geprüft und seit 2012 auch Energie-Checks



Aktionstag Autofreier Sonntag



100.000 Energieberatungen in Bremen
Foto (von links): Gerd Billen (Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband), Dr. Joachim Lohse (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr).

bei den Verbraucher/innen jeweils zuhause angeboten. Durch die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte können Verbraucher/innen heute wählen, ob sie Strom aus fossilen oder erneuerbaren Energien beziehen wollen. Aufgrund der explodierenden Preise ist für viele aber entscheidender, ob sie überhaupt noch in der Lage sind, ihre Energiekosten zu zahlen. Immer wieder fallen Verbraucher auf Lockangebote von Billiganbietern rein und verlieren bei einer Insolvenz ihre Vorauszahlungen oder sie sind von einer Strom- bzw. Gassperre bedroht. Steigende Energiekosten machen daher die unabhängige Energieberatung der Verbraucherzentrale immer wertvoller.